

Drei Wege zur Systemopposition

Kommentar zu *Ist Systemopposition heute noch möglich?*

Gary S. Schaal, Ariane Neumann*

In seinem Essay *Ist Systemopposition heute noch möglich?*¹ identifiziert Michael Th. Greven (2011) sechs Voraussetzungen für Systemopposition:

- i. Eine grundlegende Transformation der politischen *und* ökonomischen Struktur, das heißt die Überwindung des Kapitalismus, muss möglich und angestrebt sein.²
- ii. Es muss ein Zentrum der politischen Macht existieren, dessen Geltungsanspruch auch symbolisch zur Darstellung gebracht wird.
- iii. Die Gesellschaft muss sich selbst als *Ganzes* in den Blick nehmen können.
- iv. Innerhalb der Gesellschaft müssen utopische Gehalte, das heißt konkrete inhaltliche Vorstellungen eines künftigen Zustands B, existieren.
- v. Es muss eine Immanentisierung der Zukunft, das heißt eine Projektion des zukünftigen Zustandes B in die Gegenwart A, erfolgen.
- vi. Es muss der Wille zum Handeln vorhanden sein, den Zustand B durch eine intentional gestaltete Transformation der politischen und ökonomischen Sphäre zu erreichen.

Diese sechs miteinander zusammenhängenden Voraussetzungen für Systemopposition sind für Greven heute aus strukturellen Gründen nicht mehr gegeben. Aufgrund von Prozessen der Globalisierung und Supranationalisierung und dem damit in Verbindung stehenden Wandel von *government* zu (multi-level) *governance* und der Diffusion der Politik in die Zivilgesellschaft gebe es im Unterschied zum 18. und 19. Jahrhundert keine politische Zentralität des Regierens mehr. Zudem existiere kein symbolischer Ort der Macht mehr, der eingenommen, kein Monarch, der enthauptet werden könne, um daraus einen neuen Herrschaftsanspruch zu generieren. Der Nationalstaat sei nicht mehr der zentrale politische Akteur und der Jellinek'sche Dreiklang von Staatsvolk, Staatsterritorium und Staatsgewalt (vgl. Jellinek 1966) erweise sich zunehmend als fiktional. Auch sei die Vorstellung brüchig geworden, dass die Gesellschaft sich selbst als Ganzes wahrnehmen

* Prof. Dr. Gary S. Schaal, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg; Kontakt: gschaal@hsu-hh.de
Ariane Neumann, M. A., Universität Erfurt; Kontakt: ariane.neumann@uni-erfurt.de

1 Siehe den Beitrag in der ZPTh 1/2011, 85–96 sowie weiterführend Greven (2011a).

2 Greven verwendet die Begriffe Systemopposition, Revolution und Systemtransformation synonym. Eine Transformation allein des politischen Systems bezeichnet Greven als politischen Regimewechsel, nicht aber als Revolution.

könne. Castoriades folgend, versteht Greven Gesellschaft nur noch als imaginäre Gesellschaft (vgl. Castoriadis 1984). Durch diese Prozesse verschwindet jedoch auch das Volk als revolutionäres Subjekt. Zwar konzidiert Greven, dass subjektives Revolutionsbewusstsein und utopisches Denken heute in der Gesellschaft noch vorhanden seien, revolutionäres Handeln im Sinne einer Systemtransformation jedoch nicht mehr möglich sei. Schließlich gebe es – sehr verkürzt gesprochen – keine Alternative zum Kapitalismus, keine substantielle Vorstellung eines Zustands B, so dass eine Revolution heute immer nur eine halbierte, um die ökonomische Dimension verkürzte, sein könne – und damit nur ein politischer Regimewechsel.

Greven beantwortet die von ihm aufgeworfene Frage nach der Möglichkeit von Systemopposition in der Gegenwart also mit einem klaren ‚Nein‘. Dieser Schlussfolgerung kann man schwerlich widersprechen – zumindest, wenn man die Prämissen der Argumentation teilt. Tut man dies nicht, erscheint, wie im Folgenden gezeigt wird, Systemopposition in zumindest drei Perspektiven durchaus denkbar und möglich.

Drei Perspektivwechsel

Erster Perspektivwechsel: Ideenpolitische Pfadabhängigkeiten oder ist es sinnvoll, die Französische Revolution als role model zu nutzen?

Die Französische Revolution symbolisiert für viele europäische Intellektuelle das demokratische ‚Zu-sich-selbst-Kommen‘ einer Nation *par excellence*. Sie fungiert als identitätsstiftender Nukleus und *role model* der revolutionären Überwindung des Absolutismus und der Implementation der Demokratie schlechthin. Die Bedeutung der Französischen Revolution für die symbolische Geltungsdimension von Revolution, das heißt der Gleichzeitigkeit einer grundlegenden politischen und ökonomischen Transformation einer Gesellschaft, die sich selbst (gerade erst) als gesellschaftliches Ganzes wahrnimmt, kann kaum überschätzt werden. Hannah Arendt hat diese normative Fixierung auf die Französische Revolution in *Über die Revolution* kritisiert, da primär ökonomische und nicht politische Faktoren für die Revolution ausschlaggebend gewesen seien. Arendt nennt sie daher in Anlehnung an Francis Bacon eine „rebellion of the belly“ (Arendt 1963: 143). Im Vergleich dazu betont Arendt, dass die amerikanische Revolution eine (normativ ausgezeichnete) *politische* Revolution gewesen sei, deren demokratietheoretische und demokratiepraktische Bedeutung jedoch jenseits der Vereinigten Staaten unterschätzt werde.³ Mit Arendt (und ohne Marx⁴) kann eine politische Revolution nicht als halbierte Revolution, als schiere Systemtransformation, abgetan werden. Vielmehr weist Arendt uns den Weg in ein Verständnis, das weniger nach den Sphären der Transformation als vielmehr nach ihren Motiven fragt und das den normativen Primat des Politischen vor dem Ökonomischen in Erinnerung ruft.

3 Diese (europäische) Bewertung lässt sich vor dem Hintergrund der herausragenden ökonomischen und politischen Bedeutung des Sozialismus und Marxismus im 19. und 20. Jahrhundert in Europa erklären.

4 Natürlich muss hier auf das unterschiedliche Revolutionsverständnis hingewiesen werden: Arendt sucht nach Wegen, die soeben getätigten revolutionären Neuanfänge des politischen Handelns vor dem Zerfall zu bewahren (und dies ist auch unsere Lesart dieses Prozesses), während Marx nach Wegen sucht, das Bestehende revolutionär zu zerschlagen.

Vor diesem Hintergrund ist es gewinnbringend, einen Blick auf das (revolutionäre) Selbstverständnis der amerikanischen Verfassungsväter zu werfen. Ihr Motto *Novus ordo seclorum* – der Neuordnung der Zeit – findet sich nicht nur auf der Rückseite des Siegels der Vereinigten Staaten von Amerika, sondern seit 1935 auch auf dem Ein-Dollar-Schein. Die Verfassungsväter waren sich der Tatsache sehr bewusst, dass sie mit ihrem revolutionären Handeln etwas genuin Neues schufen und dass ihre Schritte von der Unabhängigkeitserklärung über den Unabhängigkeitskrieg bis hin zur verfassungsgebenden Versammlung in Philadelphia historisch einmalig waren, und zwar nicht zuletzt angesichts der immer präsenten Gefahr des Scheiterns. Die kontinuierliche Selbstverständigung über das revolutionäre Handeln findet seine selbstreflexive Wendung in den *Letters from an American Farmer* 1782, in denen gefragt wird: „What then is the American, this new man? [...] He is an American, who, leaving behind him all his ancient prejudices and manners, receives new ones from the new mode of life he has embraced, the new government he obeys, and the new rank he holds“ (Crèvecoeur 1925: 54). Dieser „new man“ ist in seiner Einmaligkeit das soziokulturelle Korrelat der Einmaligkeit der Revolution, wie Madison im *Federalist No. 14* betont: „They accomplished a revolution which has no parallel in the annals of human society.“ (Federalist 1901: 71)

Die Verfassung sollte die normative Ordnung, die zentralen politischen Leitideen der Unabhängigkeitserklärung, perpetuieren und auf diese Art und Weise die Errungenschaften der Revolution absichern. Die Geschichte lehrte jedoch, dass die Ordnung des Ganzen nur schwer auf Dauer zu stellen sein würde. Über ihre Rezeption der Antike nahmen die Verfassungsväter Kenntnis von dem antiken griechischen Geschichtsschreiber Polybios und seiner Vorstellung eines unabänderbaren Kreislaufs der Verfassungen. Hamilton teilt im *Federalist No. 9* diese Angst: „It is impossible to read the history of the petty republics of Greece and Italy without feeling sensations of horror and disgust at the distractions with which they were continually agitated, and at the rapid succession of revolutions by which they were kept in a state of perpetual vibration between the extremes of tyranny and anarchy.“ (Federalist 1901: 38) John Adams diskutiert in seiner 1787/1788 erschienenen Schrift *A Defence of the Constitutions of Government of the United States of America* ebenfalls die Polybios zugeschriebene These, dass der Zyklus der Verfassungsformen zwar unabwendbar sei, die Mischverfassung vor diesem Hintergrund jedoch die beste Verfassung darstelle, oder, in den Worten von Polybios, „that it is impossible to invent a more perfect system of government“ (Adams 1979: 176, Hervorhebung im Original). Adams weist die These von Polybios jedoch zurück und verteidigt die neue Verfassung sogar gegenüber der britischen Lösung: „the constitution of England [...] is a system much more perfect. The constitutions of several of the United States, it is hoped, will prove themselves improvements, both upon the Roman, the Spartan, and the English commonwealths“ (ebd.). Die Federalists stellten sich in eine genuin republikanische Traditionslinie, obwohl ihr eigenes Modell maßgeblich auf Locke und damit dem liberalen Paradigma basiert. Hannah Arendt fand hierfür eine aussagekräftige Metapher: „Im Kostüm antiker römischer maiores‘ begründeten die amerikanischen Federalists die Neuordnung, indem sie die Antike rezitierten und verwarfen.“ (Vorländer 2009: 122) Im *novus ordo seclorum* werden somit die defizitären Ordnungen der Antike in der neuen verfassungsrechtlichen Ordnung Amerikas aufgehoben.

Hier zeigt sich prototypisch der Übergang von zwei paradigmatischen Revolutionsverständnissen. Die amerikanischen Verfassungsväter wendeten sich gegen die rückwärtsgewandte Normativität einer restaurativen Revolution, eines *re-volvere*. Im *novus*

ordo seclorum zeigt sich vielmehr das Bewusstsein des Erstmaligen; der utopische Gehalt der Revolution manifestiert sich in der damit verbundenen Immanentisierung der Zukunft. Zugleich versicherten sie sich jedoch auch der Vergangenheit in Form der *maiores*. Das Revolutionsverständnis der amerikanischen Verfassungsväter verband die rückblickende Normativität mit der vorausschauenden in der konkreten Praxis der Gegenwart. Aus diesen kurzen Überlegungen folgt die Frage an den Essay von Michael Th. Greven, ob die normative Fokussierung auf die Französische Revolution bei der Diskussion über Systemopposition tatsächlich alternativlos ist?

Zweiter Perspektivwechsel: Der leere Ort der Macht oder wie wird politische Macht und Souveränität symbolisch repräsentiert?

Nichtsäkularisierte Gesellschaften zeichneten sich noch durch die Einheit von Macht, Wissen und Recht aus. Diese Einheit war unhinterfragt und der kritischen Problematisierung entzogen, da ihr Geltungsanspruch nicht ‚von dieser Welt‘, sondern transzendenten Ursprungs war. Dieser Geltungsanspruch musste jedoch in die Gesellschaft hinein vermittelt werden. Nach Kantorowicz (1990) konnte er im Ancien Régime so lange erfolgreich aufrechterhalten werden, wie der König gleichsam zwei Körper besaß: einen irdischen und einen transzendenten. Er war daher in der Lage, zwischen beiden in seiner Person zu mitteln und so ein der Gesellschaft Externes – oder spezifischer: die göttliche Legitimität der Herrschaftsordnung und damit verbunden auch die unproblematische Geltung von Macht, Wissen und Recht – in die Gesellschaft hinein zu vermitteln. Diese Verbindung wurde spätestens durch die Enthauptung Ludwigs XVI. aufgelöst, woraufhin der zuvor mit dem Körper des Königs besetzte Ort der Macht symbolisch leer blieb. Für Claude Lefort wird durch diesen Prozess die Legitimation jeder säkularisierten politischen Ordnung letztlich normativ unbestimmt und der Ort der Macht bleibt fortan leer (vgl. Lefort 1990). Daraus folgt die *Umstrittenheit* jeglichen Geltungsanspruches auf Macht (vgl. Rödel 1990), nicht jedoch, dass die umstrittene politische Macht *keine* symbolische Repräsentation besitzt. Dass politische Macht – insbesondere in Demokratien – zudem einer Rückbindung an eine legitimationsstiftende Ressource bedarf, erscheint ebenfalls unbestritten. Es sind diese symbolischen Verdichtungen der Legitimationsressourcen politischer Macht, die auch heute noch im Zentrum systemoppositioneller Bestrebungen stehen *könnten*, unabhängig von der Tatsache, dass moderne Gesellschaften polyzentrisch sind. Folgt man Ulrich K. Preuß (1994), so existieren drei prototypische symbolische Manifestationen von Souveränität: die französische Vorstellung, wonach das Volk souverän ist; die britische Vorstellung, wonach das Parlament souverän ist und schließlich die amerikanische Vorstellung, wonach die Verfassung souverän ist. Im Parlament und in der Verfassung ist das Ganze der politischen Ordnung symbolisch zur Darstellung gebracht. Diese symbolische Repräsentation ist zugleich fiktional (weil die Gesellschaft polyzentrisch ist) und real (weil sie die Einheitsvorstellung der Souveränität kontrafaktisch erzeugt). Das britische Parlament und die amerikanische Verfassung schlagen quasi eine Brücke zwischen der Immanenz und der säkularisierten Transzendenz (verstanden als fiktionale immanente Unverfügbarkeit) und sind damit funktionale Äquivalente der Bastille oder des absoluten Monarchen. Wenn man die Legitimation einer politischen und ökonomischen Ordnung als das temporäre Ergebnis von Deutungskämpfen um Macht begreift, zugleich aber die historische Kontingenz jeder erfolgreichen Begründung von Ordnung einbezieht, dann bekommt der vermeintlich leere, aber umstrittene Ort der Macht für die

Konzeptualisierung von Systemopposition eine neue Bedeutung. Die temporäre (symbolische) Legitimation einer politischen und ökonomischen Ordnung wäre nämlich dann destabilisiert, wenn die Zustimmung dazu in Form symbolischer und performativer Praxis verweigert und zuvor noch legitimationsstiftende Ressourcen abgelehnt würden. Diese Art des systemoppositionellen Handelns lässt sich beispielhaft im Kontext der Montagsdemonstrationen in der DDR im Jahr 1989 beobachten.⁵ Indem die Demonstranten die legitimitätsstiftenden Ideen eines geteilten deutschen Volkes und zweier Staatsterritorien in ihren Forderungen ablehnten („Wir sind ein Volk“), zugleich aber den Palast der Republik und damit die Volkskammer sowie das Staatsratsgebäude in Berlin unangetastet ließen, entzogen sie der geltenden Ordnung sukzessive ihre symbolischen Legitimationsressourcen. Wie dieses Beispiel zeigt, braucht es nicht einmal mehr einen physisch und symbolisch präsenten ‚Palast der Republik‘, der erstürmt werden müsste, um in der jüngsten Vergangenheit eine friedliche Revolution ins Rollen zu bringen.

Dritter Perspektivwechsel: Ist das Konzept der Systemopposition hinreichend komplex?

Folgt man Greven, ist ein angemessenes Verständnis von Systemopposition heutzutage notwendigerweise anachronistisch: Es verweist konstitutiv auf politisch-gesellschaftliche Bedingungen, die in der Gegenwart so nicht mehr gegeben sind und es auch in Zukunft nicht mehr sein werden. Aus dieser latenten Teleologie resultiert jedoch unseres Erachtens die Aufgabe, eine konzeptionelle Angemessenheit hinsichtlich des Komplexitätsniveaus des Konzepts der Systemopposition und der politischen Gesellschaft herzustellen. Ähnlich dem Konzept der Demokratie, das in seiner mehr als 2500 Jahre währenden Entwicklung drei grundlegende Transformationen erfahren hat (vgl. Buchstein/Jörke 2003), kann argumentiert werden, dass das Konzept der Revolution ebenfalls drei grundlegende Transformationen erfahren hat: von der Idee der *rückblickenden Normativität* im Sinne der Restauration der legitimen Ordnung (re-volvere), über die Idee der *vorausblickenden Normativität* im Sinne einer kompletten Transformation der politischen und ökonomischen Sphäre durch die Immanentisierung der utopischen Gehalte der Zukunft hin zur *gegenwartsbezogenen Normativität*, in der utopische Hoffnungen nur noch in kleiner Münze der Systemtransformation mit ‚normativem Überschuss‘ ausbezahlt werden.

Vor diesem Hintergrund muss die Frage gestellt werden, warum eine Systemtransformation auf der ökonomischen Ebene unmöglich sein soll. Würde Greven die historische Kontingenz berücksichtigen, die in der gegenwärtigen Deutungsmacht des Neoliberalismus liegt, wäre es möglich, die Systemtransformation auf der ökonomischen Ebene nicht kategorisch auszuschließen.

Die gerade in den letzten vier Jahren offensichtlichen Defizite und Krisensymptome des neoliberalen Wirtschaftsparadigmas haben in der breiten öffentlichen Diskussion noch nicht dazu geführt, dass die ökonomische Systemfrage ernsthaft gestellt wurde. Dieses „befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ (Crouch 2011) könnte damit erklärt werden, dass zwei rhetorische Strategien den Neoliberalismus besonders gut gegen Kritik zu immunisieren scheinen:⁶ die Rhetorik der *Individualisierung* und die Rhetorik der *Futurisierung*. Die wichtigere Strategie von beiden ist die Futurisierung des Neoliberalis-

5 Vgl. dazu André Brodocz: Antrittsvorlesung an der Universität Erfurt am 09.11.2011. Unveröffentlichtes Manuskript.

6 Vgl. für eine brillante Analyse der „Rhetorik der Reaktion“ den Band von Hirschman (1992).

mus, also eine Projizierung auf einen künftigen, besseren Zustand B: Neoliberaler Kapitalismus ist aus dieser Perspektive immer *Kapitalismus à venir*. Die Defizite, deren Zeitzeugen wir sind, werden damit nicht als Degenerationserscheinungen eines Wirtschaftsparadigmas gedeutet, und es kann keine sinkende Performanz durch ‚Erschöpfung‘ geben. Argumentiert wird stattdessen, dass der neoliberale Kapitalismus seine wahre Leistungsfähigkeit noch nicht habe entfalten können, da er bislang noch nicht wahrhaftig implementiert wurde.⁷ Der Neoliberalismus verkörpert damit die Immanentisierung utopischer Hoffnungen (das heißt die Verheißungen eines voll zur Entfaltung gekommenen neoliberalen Kapitalismus) in der Gegenwart par excellence. Diese Immanentisierung wirkt jedoch nicht systemtransformierend (also im Marx’schen Sinne), sondern vielmehr systemstabilisierend (im Arendt’schen Sinne). Die zweite rhetorische Strategie des Neoliberalismus besteht in der radikalen Individualisierung des Scheiterns in der ökonomischen Sphäre. Es ist demzufolge primär die Performanz des Einzelnen, die darüber entscheidet, wie erfolgreich er ist. Ökonomisches Scheitern wird damit von der Systemebene auf die Individualebene abgesenkt und dort mit spezifischen Charaktereigenschaften attribuiert und damit psychologisiert.⁸

Beide rhetorischen Strategien verhindern gegenwärtig erfolgreich die Ausbildung einer Systemopposition. Doch anders als bei Greven steht im Zentrum dieser Überlegung die – historisch *kontingente* – Deutungsmacht des Neoliberalismus und keine versteckte und irreversible Modernisierungstheorie. Die Herausforderung der Deutungsmacht des Neoliberalismus ist deshalb bereits Systemopposition *en miniature*. Sie besteht darin, Systemopposition an Orten zu suchen, die bislang in diesem Zusammenhang nicht in ausreichendem Maße als machtvoll (beziehungsweise vermachtet) beobachtet wurden, wie zum Beispiel politische und ökonomische Praktiken.

Als Beispiel hierfür soll hier der Vorschlag für eine alternative Form der Geldwirtschaft mithilfe sogenannter *bitcoins* dienen. Vorschläge für alternative Formen des Geldes hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben – häufig jedoch schienen sie für die Gesamtheit wirtschaftlichen Handelns in einem globalisierten Wirtschafts- und Finanzsystem wenig geeignet. Bitcoin hingegen ist eine Art virtuelle beziehungsweise digitale Währung, die sofortige Bezahlung weltweit von einer Person zur anderen mithilfe spezieller Technologien möglich machen soll. Dabei wird eine p2p-Technologie ohne zentrale Autorität benutzt, bei der alle Transaktionen und die Ausstellung des Geldes über ein (kollektives) Netzwerk laufen.⁹

Dass diesem Vorschlag das Potenzial unterstellt wird, wirtschaftliche und finanzbezogene Transaktionen auf eine völlig neue (und möglicherweise systemoppositionelle) Art abzuwickeln, zeigt die Reaktion eines Branchenverbandes. So warnt der Bundesverband Digitale Wirtschaft vor Bitcoin, da dieses virtuelle Geld „der Gesellschaft nachhaltig schaden“ könne und „schlichtweg gefährlich“ sei. Verbraucher und Händler sollten stattdessen „bewährten Zahlungsmitteln vertrauen“, da sich Transaktionen „prinzipiell nicht nachverfolgen“ ließen und „Eingriffe von Banken und Staaten zur Steuerung der Währung“ nicht funktionieren würden. Besonders die „Unabhängigkeit von staatlichen

7 Sämtliche Ähnlichkeiten mit historisch wirkmächtigen Ideologien sind natürlich zufälliger Natur.

8 Deutlich wird dies bei der Wortschöpfung ‚Ich-AG‘, die die kapitalstärkste Unternehmensform (die Aktiengesellschaft) mit dem vereinzelt, schutzbedürftigen und zugleich heroisch überzogenen Individuum zusammenführt.

9 Vgl. für eine ausführliche Beschreibung unter anderem www.bitcoin.org sowie <http://www.heise.de/thema/Bitcoin>.

Stellen“ wird durch den Verband kritisiert, „weil durch die automatische Steuerung der Geldmenge durch Algorithmen keine Konjunkturpolitik“ funktioniere: „Bei kriselnden Währungen können Staaten sonst die Notenpresse anwerfen und frisches Geld in den Kreislauf pumpen.“ Bemerkenswert ist an dieser Bewertung, dass hier davon ausgegangen wird, „dass ‚Ersatzwährungen‘ wie Bitcoins über kurz oder lang auch durch den Gesetzgeber verboten werden“ und dass „durch ‚den‘ zu erwartenden staatlichen Eingriff [...] eine Ansammlung von Bitcoins von einem auf den anderen Tag entwertet“ werde (Spiegel Online vom 01.06.2011).

Man mag das Potential von Bitcoins als utopische Energie der Systemopposition und die Unterstellung ihres systemtransformierenden Potentials angesichts der Deutungsmacht des Neoliberalismus in der Reaktion des Verbandes belächeln. Die Notwendigkeit jedoch, bei der Beurteilung politischer und ökonomischer Ordnungen im 21. Jahrhundert das systemtransformierende Potenzial jenes virtuellen Raumes zu berücksichtigen, der gemeinhin als ‚das Internet‘ bezeichnet wird, bleibt davon unberührt. Diesen virtuellen Raum auch bei der Formulierung eines Begriffs von Systemopposition zu berücksichtigen, ist eine wesentliche Herausforderung für die Politische Theorie. Wie groß das Potenzial dieses virtuellen Raumes für neue Formen politischen und ökonomischen Handelns ist, lässt sich nicht nur bei Angriffen von Hackern auf Regierungsnetzwerke oder angesichts sogenannter ‚Cyberkriege‘ beobachten. In großen Teilen von (Subsahara-)Afrika haben sich infolge der Einführung von Mobiltelefonen innerhalb kürzester Zeit politische und ökonomische Praktiken massiv verändert.

Systemopposition heute zu konzeptualisieren, bedeutet, nicht davor zurückzuschrecken, neben der politischen und ökonomischen Sphäre auch den virtuellen Raum zu berücksichtigen und neue Symbolisierungen und Praktiken in den Blick zu nehmen. Die Frage, ob das virtuelle Zeitalter nicht bereits einen bislang unverstandenen Übergang von einem gegenwärtigen Zustand A in einen künftigen Zustand B beschreibt, bleibt bis dahin noch offen.

Literatur

- Adams, John, 1779: A Defence of the Constitutions of Government of the United States of America. Volume 1, Aalen.
- Arendt, Hannah, 1963: Über die Revolution, München.
- Buchstein, Hubertus / Jörke, Dirk, 2003: Das Unbehagen an der Demokratietheorie. In: Leviathan 31, 470–495.
- Castoriadis, Cornelius, 1984: Gesellschaft als imaginäre Institution: Entwurf einer politischen Philosophie, Frankfurt (Main).
- Crèvecoeur, John H., 1925: Letters from an American Farmer, New York.
- Crouch, Colin, 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin.
- Greven, Michael Th., 2011: Ist Systemopposition heute noch möglich? In: Zeitschrift für Politische Theorie 2, 85–96.
- Greven, Michael Th., 2011a: Systemopposition: Kontingenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre, Opladen.
- Hirschmann, Albert O., 1992: Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion, München.
- Jellinek, Georg, 1966: Allgemeine Staatslehre, Bad Homburg.
- Kantorowicz, Ernst H., 1990: Die zwei Körper des Königs: Eine Studie zur politischen Theorie des Mittelalters, München.
- Lefort, Claude, 1990: Die Frage der Demokratie. In: Ulrich Rödel (Hg.), Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt (Main), 281–297.

- Preuß, Ulrich K., 1994: *Zum Begriff der Verfassung: Die Ordnung des Politischen*, Frankfurt (Main).
- Rödel, Ulrich, 1990: Einleitung. In: Ders. (Hg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt (Main), 7–29.
- Spiegel Online, 2011: *Wirtschaftsverband erwartet Bitcoin-Verbot*; <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,766167,00.html>, 31.01.2012.
- The Federalist 1901: A Collection of Essays by Alexander Hamilton, John Jay and James Madison*, New York.
- Vorländer, Hans, 2009: *Die Gründer und die Klassiker*. In: Gernot Kamecke / Bruno Klein / Jürgen Müller (Hrsg.), *Antike als Konzept. Lesarten in Kunst, Literatur und Politik*, Berlin, 112–124.